

Gewalt in Indien

Inhalt

Indien: Die Gewalt geht weiter (<i>Kathweb vom 20.08.2009</i>).....	2
USA: Indien missachtet Religionsfreiheit (<i>Radio Vatikan vom 15.08.2009</i>)	4
Indien: Situation für verfolgte Christen weiterhin gefährlich (<i>Kathweb vom 13.08.2009</i>)	5
„Die Situation ist erschreckend“ (<i>Domradio vom 03.08.2009</i>).....	6
Indien: Mini-Strafen (<i>Radio Vatikan vom 31.07.2009</i>).....	9
Priester in Indien ermordet (<i>Kipa vom 30.07.2009</i>).....	10
Clinton in Indien: Religionsfreiheit ansprechen (<i>Kath Web vom 19.07.2009</i>).....	11
Langes Lastenheft (<i>FAZ vom 29.05.2009</i>)	12
Hintergründe des Mordanschlags im Wiener Sikh-Tempel (<i>Profil Online vom 28.05.2009</i>)..	14
Indien: „Größte Demokratie - und sie funktioniert!“ (<i>Radio Vatikan vom 25.05.2009</i>)	20
„Bei diesen Wahlen ist alles ungewiss“ (<i>Domradio vom 15.04.2009</i>).....	21
Indiens neue Terrorfront (<i>Focus vom 11.04.2009</i>)	23

Fortsetzung

[Gewalt in Indien von November 2008 bis April 2009](#)

Indien: Die Gewalt geht weiter

(Kathweb vom 20.08.2009)

Korrespondentenbericht von Anto Akkara und Alexander Reiser

Zeugen der Christenverfolgung in Indien fürchten um ihr Leben - Die versäumte "Vergangenheitsbewältigung" gibt den Hindu-Extremisten von heute Auftrieb

"Wenn du bei deiner Aussage bleibst, wirst du es bereuen": Mit dieser Drohung wurde Rajendra Digal vor dem Gerichtsgebäude in Phulbani im indischen Bundesstaat Orissa von zwei jungen Männern in Empfang genommen. Zuvor hatte er eine Zeugenaussage gemacht - zum Tod seines Vaters. Konteswar Digal war eines der Opfer der Christenverfolgung im Bezirk Kandhamal vor genau einem Jahr. Am 23. August 2008 war dort der umstrittene Hindu-Führer Swami Laxmanananda Saraswati ermordet worden. Nach seinem Tod brach in Kandhamal die Gewalt aus - obwohl Maoisten sich zu dem Mord bekannt hatten, machten Hindu-Faschisten die Christen dafür verantwortlich.

Auch Konteswar Digal wurde Opfer des Hasses. Er wurde aus einem Bus gezerrt, mit dem er zu seinem Sohn nach Bhubaneswar, der Hauptstadt von Orissa, fahren wollte - aus Furcht vor fundamentalistischen Hindus. Neun Tage später wurde der Leichnam des Katholiken 45 Kilometer entfernt in einem Bach gefunden. Rajendra Digal sagt, er habe sich noch immer nicht von dem Schock erholt: Die Bilder seines toten Vater sah er zuerst im Fernsehen und reiste dann 250 Kilometer weit, um den Leichnam zu identifizieren. "Ich hätte nie gedacht, dass ich bedroht würde, weil ich den Tod meines Vaters bezeuge", sagt der junge Mann traurig, als er sich an die Szene vor Gericht erinnert. Seine Erfahrung legt einen düsteren Schatten auf das Bild von "Bharat", der Indischen Union als der größten Demokratie der Welt.

Allein ist er mit dieser Erfahrung nicht. Etliche Zeugen der Christenmorde würden bedroht, um ihre Aussagen vor Gericht zu beeinflussen, sagt der Priester Dibakar Parichcha. Er koordiniert die rechtliche Unterstützung für die Opfer von Kandhamal. Ein Zeuge, der zusehen musste, wie sein jüngerer Bruder ermordet wurde, habe ihm gegenüber erklärt, er werde dafür sorgen, dass die Täter nicht ungestraft davonkommen, berichtet der Priester. Doch als der Mann vor Gericht aussagen sollte, habe er geschwiegen - aus Angst.

Trotz solcher Berichte erklärt die Regierung des Bundesstaats Orissa, im Bezirk Kandhamal habe sich die Lage "fast" normalisiert. Tatsächlich befinden sich mittlerweile deutlich weniger Flüchtlinge in Lagern. Im September vergangenen Jahres waren es 25.000. Mehr als 10.000 Christen aus dem Bezirk Kandhamal leben jetzt allerdings in Orissas Hauptstadt Bhubaneswar, teilweise in erbärmlichen Verhältnissen.

Eine von ihnen ist Bonita Digal. Wie tausende Christen floh sie mit ihrem Mann und vier Kindern zunächst in den Dschungel, später in ein Hilfslager der Regierung. Doch selbst dort habe man sie bedroht, erzählt sie. Deshalb seien sie nach Bhubaneswar gezogen. Dort fanden sie Zuflucht in einem christlichen Hilfslager. Vier Monate später

versuchte Bonita Digal, mit ihrer Familie in ihr Dorf zurückzukehren - wurde aber von Hindu-Fundamentalisten daran gehindert.

"Sie sagten uns: Wenn ihr bei uns leben wollt, müsst ihr Hindus sein", erzählt Bonita. Das kam für ihre Familie nicht in Frage. Sie wollten lieber als Katholiken im Flüchtlingslager leben als ihren Glauben abzulegen. "Wir sind seit Generationen Christen", erzählt die Familienmutter, während ihr Mann auf Arbeitssuche ist: "Wir können nicht einfach unseren Glauben aufgeben, nur um bequemer zu leben".

Hinter den Problemen mit der Religionsfreiheit in Indien steht nach wie vor die häßliche Fratze des Faschismus und die Tatsache, dass sich auch das offizielle Indien unter dem Vorwand des "Antikolonialismus" vor der "Vergangenheitsbewältigung" gedrückt hat. Denn zwischen einzelnen Vorkämpfern gegen das "British Raj" (die britische Herrschaft) und dem deutschen Nationalsozialismus bestanden innige Beziehungen. Es ist kein Zufall, dass manche der hindu-nationalistischen Bewegungen in Struktur, Uniform und Verhaltensweise verdächtig an die deutsche SA und SS erinnern.

Die Schlüsselfigur ist in diesem Zusammenhang [Subhash Chandra Bose](#) (1897-1945). Bose - der 1937 in Badgastein die Österreicherin Emilie Schenkl heiratete - war u.a. Vorsitzender des Indischen Nationalkongresses und Bürgermeister von Kalkutta. 1941 (vor dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion) floh Bose im Auto über Kabul und Moskau nach Deutschland, von wo aus er im Februar 1942 in einer Radioansprache zur Befreiung Indiens aufrief. Aus indischen Kriegsgefangenen wurde ein Freiwilligenkorps - Legion "Freies Indien" - gebildet und der SS unterstellt. Am 8. Februar 1943 verließ Bose Deutschland von Kiel aus per U-Boot in Richtung Japan; auf der Höhe von Madagaskar wurde er von einem japanischen U-Boot übernommen. Er wurde zum Führer der "Indian National Army" (INA) erklärt, einer japanischen Hilfstruppe, die aus indischen Kriegsgefangenen bestand. Im Oktober 1943 gründete Bose eine Exilregierung unter dem Namen "Azad Hind" (Freies Indien), die von den Achsenmächten anerkannt wurde.

In den Kriegsjahren - und auch später - galt Bose in indischen nationalistischen Kreisen als "Führer" (netaji). Der internationale Flughafen von Calcutta heißt heute "Netaji Subhash Chandra Bose International Airport"...

USA: Indien missachtet Religionsfreiheit

(Radio Vatikan vom 15.08.2009)

Die US-amerikanische Kommission für internationale Religionsfreiheit hat Indien auf ihre Beobachtungsliste gesetzt. Zur Begründung hieß es in einer Pressemitteilung vom vergangenen Mittwoch, dass ein beunruhigender Zuwachs von Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten zu erkennen sei. Als Beispiele wurden die Gewalttaten gegen Christen in Orissa vor einem Jahr und diejenigen gegen Muslime in Gujarat 2002 genannt. Die Regierung habe darauf unangemessen reagiert und engagiere sich nicht ausreichend für den Schutz religiöser Minderheiten. Neben Indien stehen derzeit Afghanistan, Ägypten, Indonesien, Kuba, Laos, Russland, Somalia, Tadschikistan, die Türkei, Venezuela und Weißrussland auf der Beobachtungsliste.

Indien: Situation für verfolgte Christen weiterhin gefährlich

(Kathweb vom 13.08.2009)

Deutscher Menschenrechtsexperte Oehring nach Lokalaugenschein in Orissa: Rückkehr der Betroffenen aus Flüchtlingslagern in ihre alten Dörfer praktisch unmöglich

Von einer weiterhin gefährlichen und "erschreckenden" Situation für die verfolgten Christen im indischen Bundesstaat Orissa hat der deutsche Menschenrechtsexperte Otmar Oehring vom kirchlichen Hilfswerks "missio" berichtet. Zugleich forderte er im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am Donnerstag in Aachen ein Einreiseverbot in die EU und USA für die Verantwortlichen an den Christenverfolgungen. Die Politiker hätten sich dem Problem auch ein Jahr nach den Übergriffen in dem indischen Bundesstaat nicht ausreichend gestellt, sagte Oehring. Wenn etwa Orissas Regierungschef Naveen Patnaik wegen seiner Untätigkeit angesichts der Christenverfolgung kein Einreisevisa für die EU oder USA erhalte, "käme möglicherweise Bewegung in die Sache".

Oehring, der sich jüngst in Indien aufhielt, beschrieb die Lage der Christen weiterhin als gefährlich. Wegen zu befürchtender neuer Angriffe von Hindu-Extremisten sei eine Rückkehr der Betroffenen aus Flüchtlingslagern in ihre alten Dörfer praktisch unmöglich. Oehring: "Die Situation ist weiter erschreckend. Die Menschen leben nach wie vor unter erbärmlichen Verhältnissen in Lagern. Es gibt viel zu wenig Zelte. In einem Zelt von fünf mal fünf Metern müssen zehn Familien Platz finden. Andere haben nicht einmal diesen Schutz vor der Regenzeit. Sie leben in notdürftig selbst gebauten Unterkünften."

Die Regierung habe unterschiedliche Maßnahmen zum Schutz der christlichen Minderheit unternommen, räumte Oehring ein. Diese hätten aber nicht richtig griffen. Als ein Beispiel nannte der Menschenrechtsexperte die gerichtliche Aufarbeitung der Taten. Dabei gebe es zwar Fortschritte. Zugleich bedeuteten Gerichtsverfahren jedoch neue Gewalt für die Christen. "Hindu-Extremisten drohen vielen mit dem Tod, wenn sie ihre Anzeigen nicht zurückziehen und als Zeugen aussagen", so Oehring.

Nach der Ermordung eines radikalen Hindu-Führers waren am 23. August 2008 in Kandhamal im Bundesstaat Orissa Tausende Christen Opfer pogromartiger Übergriffe geworden. Dabei wurden unterschiedlichen Angaben zufolge 60 bis 90 Christen getötet und rund 50.000 vertrieben; mehrere tausend Häuser und Kirchengebäude wurden niedergebrannt und zerstört. Fanatisierte Hindus hatten die Christen für den Mord verantwortlich gemacht, obwohl sich maoistische Rebellen zu der Tat bekannt hatten.

„Die Situation ist erschreckend“

(Domradio vom 03.08.2009)

missio-Experte zur Situation der Christen in Indien

Im ostindischen Bundesstaat Orissa sind vor einem Jahr Tausende Christen Opfer pogromartiger Übergriffe durch nationalistische Hindus geworden. Dabei wurden unterschiedlichen Angaben zufolge 60 bis 90 Menschen getötet, 50.000 vertrieben. Die Situation sei weiter erschreckend, sagt Otmar Oehring, Menschenrechtsexperte des kirchlichen Hilfswerks „missio“ in Aachen.

KNA: Herr Oehring, Sie sind kürzlich aus Indien zurückgekommen, welche Eindrücke bringen Sie aus dem Bundesstaat Orissa mit?

Oehring: Die Situation ist weiter erschreckend. Die Menschen leben nach wie vor unter erbärmlichen Verhältnissen in Lagern. Es gibt viel zu wenig Zelte. In einem Zelt von fünf mal fünf Metern müssen zehn Familien Platz finden. Andere haben nicht einmal diesen Schutz vor der Regenzeit. Sie leben in notdürftig selbst gebauten Unterkünften.

KNA: Können die Menschen auch ein Jahr nach der Gewalt nicht in ihre Häuser zurück?

Oehring: Nein, das ist nicht so einfach. Selbst wenn die Häuser nicht zerstört wurden, ist eine Rückkehr zu gefährlich. Aus Furcht vor Hindu-Nationalisten können die Menschen auch nicht mehr in ihren alten Läden oder auf den Feldern arbeiten, die Kinder nicht zur Schule gehen. Dabei befinden sich die Lager meist in unmittelbarer Nähe zu den Dörfern. In den Lagern sind die Menschen sicher, weil sie bewacht werden. Allerdings sollen die Schutztruppen bald abgezogen werden. Und die Menschen haben schon Angst, wenn sie das Lager nur kurz verlassen müssen, um etwa zu einer Gerichtsverhandlung zu reisen.

KNA: Trotzdem haben viele die Lager verlassen.

Oehring: Die Zahl der Menschen in den Lagern hat in der Tat stark abgenommen. Das liegt aber daran, dass viele in andere Gebiete gehen. Einige ziehen in nahe gelegene größere Städte, andere gehen in andere Bundesstaaten Indiens. Ich habe nur in einem Fall erlebt, dass eine Familie in ihr Haus zurückkonnte, weil es etwas außerhalb liegt und die Dorfgemeinschaft hinter ihr stand.

KNA: Was tut die Regierung, um Christen zu schützen?

Oehring: Zu Beginn der Übergriffe war die hindunationalistische Volkspartei BJP noch an der Regierung im Bundesstaat Orissa beteiligt und hat dafür gesorgt, dass sich die Polizei mit der Aufklärung der Gewaltfälle zurückgehalten hat. Bei den Parlamentswahlen im Mai hat die BJP jedoch eine vernichtende Niederlage hinnehmen müssen. Nun sagt der Ministerpräsident von Orissa, Naveen Patnaik von der populistischen BJD aber, dass die BJP für die Unruhen verantwortlich gewesen sei und sich die Sache damit erledigt habe. Dabei war er auch während der Unruhen Ministerpräsident, und an der grundlegenden Situation hat sich zudem nichts geändert.

KNA: Es gab aber einige Prozesse. Wie wurden die Gewalttäter belangt?

Oehring: Auf internationalen Druck hin hat die Regierung einige Maßnahmen ergriffen. So hat der Oberste Gerichtshof von Orissa in mehreren Verfahren den Bundesstaat zu konkreten Maßnahmen verpflichtet. Es gibt jetzt ein Schnellgericht für Fälle,

die die Christenverfolgung betreffen. Ansonsten beträgt die durchschnittliche Verhandlungsdauer in Indien etwa acht Jahre. Das ist ein Fortschritt. Zugleich bedeutet der Beginn der gerichtlichen Aufarbeitung der Fälle jedoch neue Gewalt für die Christen.

Hindu-Extremisten drohen vielen mit dem Tod, wenn sie ihre Anzeigen nicht zurückziehen und als Zeugen aussagen. Auch die anderen Maßnahmen der Regierung greifen nicht richtig.

KNA: Inwiefern?

Oehring: Es gab zum Beispiel Entschädigungszahlungen an die Opfer. Jeder Betroffene hat 10.000 Rupien (etwa 150 Euro) erhalten. Die gleiche Summe sollen die Menschen erhalten, wenn sie in ihr Dorf zurückkehren. Das ist aber, wie gesagt, praktisch unmöglich, weil zu gefährlich. Die Menschen in den Dörfern kennen sich, wissen, wer ein Christ ist. Neuerliche Übergriffe wären da nur eine Frage der Zeit.

KNA: Was können die Christen tun, um sich zu schützen?

Oehring: Wenig. Der Distrikt Kandhamal in Orissa gilt als Trainingsort für die Aktivisten der radikalen Hindu-nationalistischen Organisation RSS. Es kommt regelmäßig zu Angriffen auf Christen. Von Einzelfällen kann also nicht die Rede sein. Die Gewalt richtet sich gegen die einzige Minderheit in diesem Gebiet Indiens, die Christen.

KNA: Und die Kirche, was kann sie tun?

Oehring: Die Indische Bischofskonferenz hat sich anfangs eine zu große Zurückhaltung auferlegt. Inzwischen ist sie aufgewacht, weil das Phänomen der Verfolgungen von Christen und anderen Minderheiten in andere Bundesstaaten übergreift. Der für Orissa zuständige Erzbischof Raphael Cheenath von Cuttack-Bhubaneswar plant etwa derzeit ein großes Hausbauprojekt für Christen. Aber das kann nicht funktionieren, da ohne Sicherheit keine Familie zurückgeht.

KNA: Was muss passieren, um den Konflikt zu lösen?

Oehring: Angesichts der großen Zahl an Getöteten, Verletzten und Vergewaltigten, sowie des Ausmaßes geraubter und vernichteter materieller Werte und gebrandschätzter Privathäuser und kirchlicher Bauten müsste der Staat eine große Versöhnungsaktion starten. Aber ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden und keine Versöhnung geben. Der Staat muss sich dem Problem ehrlich stellen und zusammen mit den Minderheiten nach einer Lösung suchen. Das wird aber auf jeden Fall sehr lange dauern und kann nicht von heute auf morgen geschehen.

KNA: Sehen Sie auch die internationale Gemeinschaft in der Pflicht?

Oehring: Andere Länder müssen weiter Druck ausüben, das war in der Vergangenheit erfolgreich. So hat sich die indische Regierung dem Thema Christenverfolgung im vergangenen Jahr erst gewidmet, nachdem der indische Ministerpräsident bei einem Besuch in Paris vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy darauf angesprochen wurde. Und dem hindu-nationalistischen Regierungschef des Bundesstaates Gujarat, Narendra Modi, wird wegen seiner Verstrickung in die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Muslime im Jahr 2002 die Einreise in die USA und die EU verwehrt. Würden die EU und die USA auch dem Regierungschef von Orissa, Naveen Patnaik, wegen seiner Untätigkeit im Zusammenhang mit den Übergriffen auf Christen um Weihnachten 2007 und im August 2008 und seine fortdauernde Untätig-

keit im Hinblick auf eine dauerhafte Lösung des Konflikts, keine Einreisevisa geben, käme möglicherweise Bewegung in die Sache.

Indien: Mini-Strafen

(Radio Vatikan vom 31.07.2009)

Fünf Hindu-Extremisten sind in Phulbani im Bundesstaat Orissa zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Sie sollen für die antichristlichen Ausschreitungen in Orissa vom vergangenen Herbst mitverantwortlich sein. Die Verurteilten müssen auch eine Geldstrafe von umgerechnet je 75 Euro zahlen.

Losgegangen war die Gewalt gegen Christen am 23. August letzten Jahres, als ein extremistischer Hindu-Führer ermordet wurde – offenbar von einer maoistischen Gruppe. Doch Hindu-Banden gingen in Orissa gegen Christen vor, töteten nach Angaben aus Kirchenkreisen in den darauf folgenden Tagen fast hundert Christen, zerstörten zahlreiche Kirchen oder Kapellen und lösten eine riesige Fluchtwelle aus. Der Sprecher des Erzbistums Neu-Delhi findet die jetzt verhängten Haftstrafen geradezu lächerlich. Sie seien der Schwere der begangenen Verbrechen alles andere als angemessen, so Pater Dominic Emmanuel. Im Übrigen habe die Justiz ungefähr 900 weitere Verdächtige ungeschoren davonkommen lassen.

Am Tag des Urteils wurde bekannt, dass in Orissa ein katholischer Priester ermordet worden ist. Die Leiche des 39-jährigen Pfarrers James Mukalel wurde an einem Straßenrand entdeckt; die Polizei geht von einem Gewaltverbrechen aus. An diesem Freitag sollte Mukalel im Bundesstaat Kerala, aus dem er stammt, beigesetzt werden.

Priester in Indien ermordet

(Kipa vom 30.07.2009)

Im südindischen Bundesstaat Karnataka ist offenbar ein Priester ermordet worden. Die Leiche des 39-jährigen James Mukalel sei am Donnerstagmorgen, 30. Juli, am Strassenrand in der Nähe der Stadt Mangalore aufgefunden worden. Er sei nackt gewesen und habe Würgemale aufgewiesen, erklärte Bischof Lawrence Mukkuzhy von Belthangady auf Anfrage.

Am Vorabend sei der Priester auf der Beerdigung eines ehemaligen Gemeindemitgliedes gewesen. Er habe sich in der Nacht mit dem Motorrad auf den Heimweg in seine Gemeinde Kutrapady begeben. 50 Kilometer von dort entfernt sei er tot aufgefunden worden. Die Polizei habe noch keine Motive für die Tat genannt, sagte Mukkuzhy. Derzeit werde der Leichnam obduziert. In und um Mangalore kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Gewalt gegen Christen.

Clinton in Indien: Religionsfreiheit ansprechen

(Kath Web vom 19.07.2009)

Gewalt gegen Christen und Muslime – Antibekehrungsgesetze abschaffen.

US-Außenministerin Hillary Clinton soll bei ihrem am 17. Juli begonnenen Indien-Besuch Fragen der Religionsfreiheit ansprechen. Dazu hat sie der Präsident des Washingtoner Instituts für Religion und Politik, Joseph K. Grieboski, aufgefordert. In einem Schreiben an die Politikerin weist er darauf hin, dass die indische Verfassung zwar Religionsfreiheit garantiere, religiöse Verfolgung gleichwohl weit verbreitet sei.

Grieboski nennt als Beispiele Gewalt gegen Christen und Muslime sowie die Diskriminierung durch das hinduistische Kastensystem. Er kritisiert auch, dass der Staat zu wenig tue, um religiös motivierte Gewalt zu verhindern und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Clinton solle bei ihren Gesprächen unter anderem mit Premierminister Manmohan Singh und Außenminister Somanahalli Mallaiah Krishna darauf dringen, dass Antibekehrungsgesetze widerrufen werden, die in sieben der 28 Bundesstaaten in Kraft sind.

Gewalt gegen Christen eine Schande

Unterdessen hat ein führender indischer Bundesminister die blutigen Übergriffe hinduistischer Extremisten auf Christen scharf verurteilt. Innenminister Palaniappan Chidambaram nannte die Gewalt im Bundesstaat Orissa eine „Schande“. Er sei sehr besorgt um die Tausende Christen, die noch immer in Lagern ausharren müssen. Im vorigen Jahr war es besonders im Bundesstaat Orissa zu schweren Ausschreitungen militanter Hindus gekommen. Dabei waren nach Angaben des Gesamtindischen Christenrats rund 200 Christen ermordet, 18.000 verletzt und 53.000 vertrieben worden. Über 4.600 Häuser gingen in Flammen auf, darunter 150 Kirchen, Gemeinde- und Waisenhäuser. Mehr als 50.000 Christen suchten Zuflucht in Flüchtlingslagern.

Hindu-Extremisten bedrohen Zeugen

Chidambaram beklagte auch, dass es bisher nur wenige Festnahmen gegeben habe. Nach katholischen Angaben bedrohen Hindu-Extremisten Zeugen mit Waffengewalt, um sie von Aussagen abzuhalten. Nach Angaben des Informationsdienstes Compass Direct haben rund 750 Anklagen in den Distrikten Kandhamal und Gajapati im Bundesstaat Orissa – den Zentren der Gewalt im vorigen Jahr – nur zu einer Verurteilung geführt. Predigen über Jesus verboten?

Unterdessen berichtet die Indische Evangelische Allianz, dass Hindu-Extremisten im Distrikt Bastar des Bundesstaates Chhattisgarh antichristliche Plakate aufgehängt haben. Sie behaupteten, dass das Predigen über Jesus Christus streng verboten sei und mit Geldstrafen geahndet werde. Solche Drohungen seien, so Allianz-Generalsekretär Richard Howell (Neu Delhi), selbstverständlich verfassungswidrig. Von den 1,1 Milliarden Einwohnern Indiens sind 82 Prozent Hindus, zwölf Prozent Muslime und mindestens drei Prozent Christen.

Langes Lastenheft

(FAZ vom 29.05.2009)

Von Christoph Hein, Singapur

Im Fußball wäre es das „Dream-Team“: Die Besetzung von Indiens neuer Regierung ruft größte Hoffnungen hervor. Die Minister werden sie nicht erfüllen können. Dabei wäre es schon viel, die dringlichsten Entwicklungsschritte für die drittgrößte Wirtschaftsmacht Asiens einzuleiten. Doch auch da liegen die Hürden hoch.

Das neue Kabinett, das am Donnerstag vereidigt worden ist, kann so frei schalten wie kaum eines vor ihm. Erstmals gönnten die Inder einer amtierenden Regierung eine zweite Legislaturperiode. In ihr verfügt die Kongress-Partei über eine tragfähige Mehrheit. Sie führt eine Koalition, die die Entscheidungen zur weiteren Öffnung des Landes nicht länger blockieren wird. Genau das aber taten die Kommunisten, der Koalitionspartner der Kongress-Partei in der vorherigen Legislaturperiode. Ohne die Kommunisten wäre die Regierung auseinandergebrochen, mit ihnen herrschte erzwungene Lethargie.

Damit ist es nun vorbei. Die Politiker, die jetzt die wirtschaftlichen Geschicke Indiens leiten, wissen, was sie zu tun haben. Finanzminister Pranab Mukherjee gilt als alter Fuchs, besetzt seit 30 Jahren Ministerämter, leitete als Außenminister den Atompakt mit Amerika ein. Handelsminister bleibt Kamal Nath, ein -je nach Blickwinkel - gefürchteter oder bewunderter, aber immer geachteter Verhandler. An der Spitze steht der langjährige Reformler, Ministerpräsident Manmohan Singh. Die Hoffnung der Wirtschaft in das Trio spiegelt der Aktienmarkt: Am ersten Handelstag nach Auszählung der Stimmen legte er 17 Prozent zu. Auch die Manager sparen nicht mit Vorschusslorbeer. Nur einige nüchterne Analytiker weisen darauf hin, dass auch diese Regierung angesichts der Fülle und Größe der Aufgaben letztlich nur enttäuschen kann.

Im Mittelpunkt steht zunächst das Kontern der Krise. Die Zentralbank muss die Zinsen senken und für Kreditfluss sorgen, die Regierung die Nachfrage anregen und die physische und soziale Infrastruktur stärken. Jede Regierung wäre damit ausgelastet. In Indien aber ist das wohl noch, die geringste Herausforderung.

Mittelfristig besitzen eher unspektakulär erscheinende Entscheidungen weit mehr Gewicht. Singh muss sein Versprechen umsetzen, die ländlichen Gebiete zu entwickeln. Denn mit Schulbildung, Gesundheitsvorsorge und einer wenigstens teilweisen Versorgung mit bezahlten Arbeitsplätzen lassen sich in Indien nicht nur Wahlen gewinnen. Erst sie schaffen die Voraussetzung, langfristig die „demographische Dividende“ der jungen Bevölkerung zu heben. In den nächsten fünf Jahren werden ein Viertel der nachwachsenden Arbeiter der Welt Inder sein. Sie verlangen nach Beschäftigung, Lohn und minimaler sozialer Sicherheit. Sie bilden die Grundlage der heimischen Nachfrage, die Indien für eine Wachstumsrate von sieben oder gar neun Prozent braucht. Immer noch leben in Indien 750 Millionen Menschen von weniger als zwei Dollar täglich, 90 Prozent seiner Arbeiter verdingen sich im unorganisierten Sektor, ohne jede Absicherung. Einige dieser Menschen aus ihrer Armut zu befreien hilft dem gesamten Land mehr, als Investitionen in Hochtechnologie. Damit aber ist es bei weitem nicht getan. Die Regierung muss ein Haushaltsdefizit verringern, das sich bald auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes beläuft und ihr Kreditrating

beschädigt. Die Steuern kann sie nicht anheben, ohne die Nachfrage zu gefährden. Eine höhere Zahlungsmoral durchzusetzen, wird Jahre dauern. Es bleibt deshalb nur, eine breit angelegte Liberalisierung und Privatisierung von Handel, Energieunternehmen und Versicherungen durchzusetzen. Der Verkauf des Tafelsilbers brächte Geld, die katastrophale Versorgung würde durch den Einstieg ausländischer Unternehmen verbessert.

Zugleich aber müssen die alten Herren in Delhi für mehr Sauberkeit im Lande sorgen. Der Skandal um den Datendienstleister Satyam zeigte, wie verrottet auch in Indien Unternehmen sind, die weltweit bewundert werden. Dabei reichen die Probleme weit über spektakuläre Fälle hinaus: Wenn ein Ministeramt in einer Landesregierung geschätzt eine Million Dollar Schmiergelder bringt, dann stinkt der Fisch vom Kopf. Für Millionen Menschen -Lehrer und Stadtbeamte, Polizisten und Zöllner, Ärzte und Lastwagenfahrer - ist ein Überleben in dem Land am Ganges nur möglich, wenn sie die Hand aufhalten. Bestechung ist eines der größten Probleme Indiens, und eines, das am schwersten auszumerzen sein wird.

Dieses Lastenheft abzubauen, kostete jede Regierung nicht zwei Legislaturperioden, sondern Dekaden. Doch geht es in Indien noch gar nicht um Zeit, sondern zuvorderst um den Willen. Die - weitgehend personengleiche - Vorgängerregierung hatte acht Monate nach ihrer Amtseinführung 55 Kommissionen gebildet. Nicht von einer einzigen ist die Ausführung ihrer Anregungen überliefert. So lautet die wichtigste Aufgabe der neuen, alten Regierung Indiens: Sie muss exekutieren, implementieren, umsetzen. Nun, wo die Freude über den erfolgreichen Verlauf der Wahl in der größten Demokratie der Welt abklingt und die Arbeit beginnt, bleibt eine Erkenntnis: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Hintergründe des Mordanschlags im Wiener Sikh-Tempel

(Profil Online vom 28.05.2009)

Von Edith Meinhart, Gunther Müller, Martin Staudinger und Robert Treichler

Schüsse auf indische Gurus, gläubige Sikhs, die bei der Sonntagspredigt mit Dolchen übereinander herfallen, und Behörden, die Warnungen nicht gehört haben wollen - wie ein uralter religiöser, sozialer und politischer Konflikt in einem Wiener Tempel explodierte.

Sie bringen ihn nach Hause: In ein paar Tagen werden die österreichischen Anhänger der indischen Ravidas-Sekte ihren Heiligen Sant Rama Nand zum Flughafen Wien-Schwechat begleiten. Von dort aus tritt er eine mehrere Tage dauernde Reise an. Erst soll er nach Neu-Delhi geflogen werden, anschließend in die nordindische Stadt Jalandhar im Bundesstaat Punjab, wo sich das geistliche Zentrum seiner Glaubensgemeinschaft befindet. Dann wird der Guru, ermordet am Sonntag, dem 24. Mai, während einer Predigt im 15. Wiener Gemeindebezirk, feierlich verbrannt.

Dem Feuer übergeben wird auch der Leichnam des Inders Vijay Kumar, der einen Tag nach dem Tod von Sant Rama Nand in Jalandhar erschossen wurde, als er mit einem aufgebrachten Mob das Haus eines Stadtpolitikers attackierte; und auch die sterblichen Überreste von Roopi Rani, die mit einem Herzinfarkt zusammenbrach, als die Polizei ihren Sohn abholte, der unter Verdacht geraten war, an Krawallen beteiligt gewesen zu sein.

Sant Rama Nand, Vijay Kumar und Roopi Rami sind einander mit großer Wahrscheinlichkeit nie begegnet. Ihre Tode stehen aber in unmittelbarem Zusammenhang. Die drei sind Opfer einer transkontinentalen Tragödie, die mit Pistolenschüssen in der Wiener Pelzgasse begann und kurz darauf zu Ausschreitungen im 5.000 Kilometer entfernten indischen Bundesstaat Punjab führte.

Seither beschäftigt der Mord von Rudolfsheim-Fünfhaus den Subkontinent und seine 1,1 Milliarden Einwohner bis hinauf zu Regierungschef Manmohan Singh. Weltweit sorgt der Anschlag unter Millionen von Anhängern der Ravidas-Sekte für Trauer und Empörung. In Österreich facht er das Ressentiment gegen Immigranten und Asylwerber weiter an und verschärft den ausländerfeindlichen Ton im EU-Wahlkampf.

Das BZÖ fordert ein „Einreiseverbot für Problem-Gurus“, die FPÖ erklärt die gesamte Zuwanderungspolitik für „katastrophal gescheitert“, ÖVP-Innenministerin Maria Fekter verspricht eine Sondereinheit zur „Abwehr von Religionsfanatikern“, Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl warnt vor einem „Bedrohungspotenzial für die Zukunft“. Die Regierungs-Roten sagen wie immer in solchen Situationen nicht viel. Sinnigerweise sprach sich Bundeskanzler Werner Faymann aber wenige Tage nach der Tat dafür aus, den eigentlich komplett obsolet gewordenen Assistenzeinsatz des Bundesheers an der ehemaligen Ostgrenze noch einmal zu verlängern. Vielleicht schnappen die Präsenzdiener im Burgenland ja den einen oder anderen „Problem-Guru“.

Von einem Tag auf den anderen stehen Österreichs Sikhs, die sich über Jahrzehnte den Ruf einer unproblematischen Zuwanderergruppe erworben hatten, in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung unter Generalverdacht. Der Mord an Guru

Sant Rama Nand wird als Beleg für die prinzipielle Gewaltbereitschaft nicht christlicher Religionen herangezogen. Dass das Motiv dafür teilweise in Glaubensvorschriften liegen soll, die für Westeuropäer reichlich bizarr wirken, macht die Sache nicht besser.

Drohungen.

Tatsächlich reichen die Gründe für den Anschlag tiefer: Sie haben mit dem Kastensystem zu tun, das offiziell abgeschafft ist, die indische Gesellschaft aber immer noch beeinflusst - und mit diffizilen politischen und ökonomischen Konflikten.

Der Angriff auf Sant Rama Nand kam nicht aus heiterem Himmel. Dass die Gurus der Ravidasis nicht ungefährlich leben, ist bekannt: „Es gab gegen sie bereits vor einiger Zeit Drohungen in Großbritannien“, sagt Lekh Raj Birdy, ein britischer Anwalt der Glaubensgemeinschaft, gegenüber profil und erhebt dann schwere Vorwürfe gegen die heimischen Behörden: „Soweit ich gehört habe, war das auch in Österreich der Fall.“ Mit Handgreiflichkeiten habe man gerechnet, erzählen Wiener Sikhs - mit einem Mordanschlag aber keinesfalls. Die Wiener Polizei wehrt sich gegen die Darstellung, sie sei gewarnt gewesen und hätte Drohungen nicht ernst genommen. Ihr Sprecher Michael Takacs wertet dies als „unschönen Versuch, die Verantwortung abzuschieben“. Niemand habe die Exekutive im Vorfeld über Drohungen informiert, dies habe ein Vertreter des Tempels inzwischen auch schriftlich bestätigt. Was sechs indische Männer bewog, während des Gottesdienstes aufzuspringen und den Guru und die Gläubigen mit Schusswaffen und Dolchen zu attackieren, ist bislang nur in Ansätzen klar. Zurück blieben ein toter Guru und 16 zum Teil schwer Verletzte.

Die Einvernahmen der Polizei gestalten sich schwierig: Die fünf mutmaßlichen Täter, die in U-Haft sitzen, sprechen einen Urdu-Dialekt und zeigten sich bis Mitte dieser Woche nicht sehr auskunftsbereit - ihre Aussagen beschränkten sich im Wesentlichen darauf, den Ermittlern immer neue falsche Namen zu nennen. Ein sechster lag mit einem Kopfschuss auf der Intensivstation des Unfallkrankenhauses Meidling. Wie er sich diese Verletzung zugezogen hat, war diese Woche noch Gegenstand von Ermittlungen. Klar ist zunächst nur so viel: Im Gegensatz zu ihren Opfern - die zur Kaste der Dalit, also der Unberührbaren, zählen - sind sie orthodoxe Sikhs und gehören einer höhergestellten Kaste an. Negativ aufgefallen waren sie bislang niemandem.

Anwalt Lekh Raj Birdy erläutert das Problem der extremistischen Sikhs so: „Sie sind nicht als Anhänger einer bestimmten Glaubensrichtung bekannt, es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen Sekten - es geht um Extremisten, die anderen ihre Überzeugungen aufzwingen wollen, indem sie extreme Gewalt anwenden.“ Tatsächlich gibt es zwischen den Sikhs und den Ravidas-Anhängern seit jeher Bruchlinien.

Um diese zu verstehen, muss man geografisch weit weg und historisch weit zurück gehen: in das Indien des 15. Jahrhunderts, in dem es noch gar keine Sikhs gab. Damals lebte im Norden Indiens der Sohn eines Hindu-Schuhmachers, der sich einen Namen als Reformator machte. Ravidas Ji wandte sich gegen die Ungerechtigkeit des Kastensystems, was dazu führte, dass er vor allem unter den Angehörigen der niedrigsten Kaste Zulauf hatte - den Unberührbaren.

Als Ende des 15. Jahrhunderts die Sikhs entstanden, nahmen sie Teile der Schriften von Ravidas in ihr heiliges Buch auf. Das hatte weitreichende theologische Folgen.

Die Anhänger von Ravidas begreifen sich weiterhin als eigenständige Glaubensrichtung und verehren lebende Gurus - wie etwa Sant Niranjan Dass. Für orthodoxe Sikhs gelten andere Autoritäten: zehn Gurus, die zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert lebten, und das heilige Buch, der „Guru Granth Sahib“. Die Verehrung zeitgenössischer Gurus stellt für Fundamentalisten einen Frevel dar. Grund genug für sie, um Anstoß an der Glaubenspraxis der Ravidasis zu nehmen.

Unter den in Österreich lebenden Sikhs und Ravidasis waren diese Spannungen immer ein Thema gewesen. Das hatte die Gruppen aber nicht daran gehindert, in ihren drei Wiener Tempeln gemeinsam zu beten.

Ihre Gemeinde in Wien hat ihre Wurzeln in den fünfziger Jahren. Damals waren die ersten Inder als Angehörige internationaler Organisationen und als Geschäftsleute ins Land gekommen, die meisten von ihnen Hindus. Ende der siebziger Jahre holte Österreich indische Christen aus Kerala als Pflegekräfte ins Land. In den achtziger Jahren wanderten zunehmend Sikhs aus den ländlichen Regionen des Punjab zu, die auf der Flucht vor politischen Unruhen in ihrer Region waren.

Viele wollten eigentlich nach Großbritannien, blieben aber in Österreich hängen. Ein Grund dafür war eine Ausnahme vom rigiden Ausländerbeschäftigungsgesetz, die von der Mediaprint für ihre Kolporteure durchgeboxt worden war. Viele Inder begannen, für wenige hundert Euro im Monat Zeitungen auf der Straße zu verkaufen, holten ein paar Jahre später ihre Familien nach und wurden österreichische Staatsbürger. „Man kann davon ausgehen, dass heute rund 20.000 Menschen indischer Herkunft in Wien leben, zwei Drittel Sikhs, der Rest teilt sich auf in Christen und Hindus“, sagt Stefan Almer von der für Integration zuständigen Magistratsabteilung in Wien.

Traumziel England.

Radjani Singh, 53, ist der älteste Sohn einer alteingesessenen Sikh-Familie aus dem Punjab. Seine Mutter war eine Bäuerin, sein Vater ein unbeugsamer Kommunist, der nach dem Abzug der Engländer der erste Bürgermeister einer Kleinstadt wurde. Radjani Singh und seine beiden Geschwister wuchsen mit Marx und Engels auf; sie besuchten gute englische Schulen und zogen mit dem Vater nach Jalandhar und weiter nach Delhi, als dieser Bezirkssekretär und später Herausgeber der kommunistischen Parteizeitung wurde. Die Familie war nicht übermäßig reich, doch es fehlte ihr an nichts. Als jungen Mann zog es Radjani Singh, wie viele seiner Generation, die Bildung und ein bisschen Geld hatten, nach Großbritannien. Er hatte in Indien Biologie und Chemie studiert und danach an einer Highschool zu unterrichten begonnen.

Irgendwann bekam er Lust weiterzustudieren, doch reichten für eine britische Uni die Mittel nicht. So kam es, dass er an der Universität für Bodenkultur in Wien Landwirtschaft inskribierte, eine Familie gründete und vor 22 Jahren österreichischer Staatsbürger wurde. Die Asylbehörden zogen ihn als Übersetzer bei. Die meisten Sikhs, die seit den achtziger Jahren einreisten, waren zu Hause zwischen politische Fronten geraten. Fast niemand bekam Asyl. Radjani Singh hat gehört, „dass es eine Hand voll Leute geschafft hat“, persönlich kennt er niemanden.

Bis heute lebt das Gros der zugewanderten Sikhs in extrem bescheidenen Verhältnissen. Sie teilen sich üblicherweise die Miete für eine kleine finstere Substandardwohnung, 80 Euro pro Kopf für einen Platz zum Schlafen, damit sie von 500 Euro, die sie im Monat verdienen, einen Teil sparen und nach Indien schicken können. Ihre

Frauen und Kinder konnten sie oft erst nachholen, nachdem sie den österreichischen Pass bekommen hatten. Radjani Singh hat auch schon fast alles gemacht: Zeitungen ausgetragen, Werbezetteln verteilt, als Taxifahrer und Übersetzer gejobbt, in Restaurants das Geschirr gewaschen. Sein Traum, in Österreich wieder als Lehrer zu arbeiten, blieb jedoch unerfüllt.

In einem Tempel trifft man Menschen wie ihn selten. Jeden Sonntag versammeln sich hier vor allem die Zeitungsverkäufer und Marktfahrer, nicht nur, um zu beten. Sie vermitteln einander Jobs oder einen Platz zum Schlafen, sie erzählen einander die neuesten Nachrichten und stecken denen, die nach Indien fahren, Geld und Pakete für die Verwandten zu. Wer selbst nichts hat, bekommt in der Tempelküche zu essen oder ein Bett, ohne gefragt zu werden, ob er zahlen kann. Wer etwas hat, der spendet, denn davon leben die Tempel. In der Regel zweigen Gläubige ein Zehntel ihres Gehalts für Wohltaten ab; und auch die Mittellosen lassen es sich nicht nehmen, wenigstens einen Euro zu geben.

Religiöser Streit.

Mitte der neunziger Jahre eröffneten die Sikhs ihren ersten Tempel in Wien-Donaustadt und bauten ein paar Jahre später in Wien-Meidling einen Keller zum Gebetsraum aus. Über den Stellenwert des heiligen Buchs und die Bedeutung lebendiger Gurus wurde schon damals gestritten, doch nie kam es dabei zu Gewalt. Selbst dann, als die Anhänger des Ravidas darauf pochten, weder Sikhs noch Hindus, sondern Angehörige einer eigenständigen Religion zu sein, blieben die Gläubigen friedlich. Nichts deutete nach außen darauf hin, dass die Spannungen tiefer gehen.

Im Großbritannien der neunziger Jahre waren die rivalisierenden Strömungen kurzzeitig gewaltsam aneinandergeraten. Daraufhin trommelten die britischen Behörden die Vertreter der Sikh-Community am grünen Tisch zusammen, und die Lage beruhigte sich wieder. In Wien war es immer schon vergleichsweise harmonisch zugegangen, sieht man davon ab, dass die Tempel in den Bezirken Meidling und Donaustadt, wo die „normalen Sikhs“ hingingen, die Ravidasis im 15. Bezirk als „Unberührbare“ ansahen und mit der Zeit immer weniger mit ihnen zu tun haben wollten.

Sensorium.

Aber für solche Feinheiten hatten die einheimischen Behörden kein Sensorium - sie hätten es verabsäumt, Kontakte zu den Minderheiten aufzubauen, moniert die Klubobfrau der Wiener Grünen, Maria Vassilakou: „Die Polizei hätte sich schon vor zehn Jahren für Migranten öffnen und mit den Communities der Zuwanderer beschäftigen müssen. Nicht nur mit den Sikhs. Dann käme ein Anschlag wie jener vom 24. Mai für sie nicht so überraschend.“

Im Jahr 2005 errichteten die Ravidasis im 15. Wiener Gemeindebezirk ihr eigenes Gotteshaus. Die Verbindungen zwischen den Tempeln laufen kreuz und quer. Der Tempelkassier in Fünfhaus und jener in Wien-Donaustadt sind beispielsweise Brüder. Inzwischen wurden die Bruchlinien zahlreicher - auch deshalb, weil es die „unberührbaren“ Ravidasis im Lauf der vergangenen Jahrzehnte schafften, sozial aufzusteigen.

Mitglieder ihrer Glaubengemeinschaft kamen in der Diaspora, vor allem in Großbritannien, zu Wohlstand, in Indien selbst etablierten sich die Angehörigen der früheren Schuhmacherkaste als Unternehmer und -Industrielle in der Lederbranche. Ähnliches gelang auch vielen anderen vormals „Unberührbaren“. Damit wuchsen ihr Selbstvertrauen, ihre Macht und ihre Eigenständigkeit. Unter anderem ließen sie - auch in Europa und Amerika - immer mehr eigene Tempel bauen, was die Spannungen zu orthodoxen Sikhs verschärfte. Religiöse Motive standen in der Debatte zwar im Vordergrund - mindestens ebenso bedeutend waren Geld und Politik.

Die „Deras“, so heißen die Glaubengemeinschaften, in denen sich die Aufsteiger aus der Unterklasse organisierten, gewannen zunehmend Einfluss. Im heutigen Indien gelten sie als wichtiger Faktor bei der Mobilisierung von Wählern. Der in Wien ermordete Guru Sant Rama Nand gehörte etwa dem Dera Sacha Khand an, der in Jalandhar ein Krankenhaus mit 150 Betten und eine Schule betreibt. Die Gemeinschaft erwies sich bei den im Mai abgehaltenen Parlamentswahlen als Zünglein an der Waage im Punjab. Sie unterstützte den Kandidaten der linksorientierten Kongresspartei. Mit nur 36.445 Stimmen Vorsprung schaffte es dieser ins Parlament. Sein Gegenkandidat von der Akali-Dal-Partei, die das Sikh-Establishment vertritt, hatte das Nachsehen. Auch das habe zu Verstimmungen geführt, berichten Insider.

Kampf um Geld und Status.

Zudem herrscht zwischen den Tempeln auch finanziell eine gewisse Konkurrenz. Bevor die Ravidasis damit begannen, eigene Gotteshäuser zu eröffnen, wurden Hochzeiten beispielsweise ausschließlich in jenen der Sikhs gefeiert - und diese Zeremonien bringen viel Geld. Die neuen Tempel der Unberührbaren brachten die alteingesessenen Bethäuser um einen Gutteil ihres Einkommens. Dazu kommen Ständedünkel der orthodoxen Sikhs gegen die Emporkömmlinge. Nach Schätzungen stellen die Dalit in Großbritannien rund ein Drittel der Sikh-Minderheit, und sie brauchen sich in ihrer neuen Heimat nicht mehr unterzuordnen. Einigen Extremisten sei das ein Dorn im Auge, berichtet Anwalt Birdy: „Sie sind sehr unglücklich damit, dass die Ravidasis jetzt eine viel stärkere Gruppe sind, die schnell lernt, auf eigenen Füßen zu stehen.“

Gemeinsam mit dem derzeit höchsten Guru der Ravidasis, Sant Niranjan Dass (der beim Attentat in Wien angeschossen und schwer verletzt worden war), war der ermordete Sant Rama Nand rastlos auf der ganzen Welt unterwegs gewesen. Vor allem die USA, Kanada und Europa besuchten die Prediger immer wieder. Nicht zuletzt, um hier neue Tempel einzuweihen.

Tirath Bali ist Präsident des Shri-Guru-Ravidas-Sabha-Tempels im östlichen Teil von London, und er kann seine Emotionen am Telefon kaum verbergen. „Diese Männer waren Heilige, sie haben Frieden gepredigt und sich um die Unterdrückten gekümmert!“, ruft er und fordert: „Die Täter von Wien müssen zur Rechenschaft gezogen werden!“ Sant Niranjan Dass und Sant Rama Nand waren persönlich zugegen, als 1999 der Londoner Tempel eröffnet wurde. Seither besuchten sie die Gemeinde fünf- oder sechsmal, erinnert sich deren Präsident Bali. In Großbritannien gibt es in mehreren größeren Städten Tempel, und so absolvierten die Gurus meist eine Tour durch das Land.

Aber auch im übrigen Europa und in Kanada bildeten sich zusehends größere Gemeinden. Tirath Bali glaubt zu wissen, dass Sant Niranjan Dass und Sant Rama

Nand vor wenigen Wochen noch Tempel in Dubai und Paris besucht hätten. Bei ihrer Gefolgschaft im 15. Wiener Gemeindebezirk waren die beiden Gurus in den vergangenen Jahren angeblich nicht weniger als achtmal zu Gast.

Im Vorfeld der Visiten hätten Vertreter der orthodoxen Sikhs den Ravidasis jedes Mal ins Gewissen geredet, erzählt Sham Singh, regelmäßiger Besucher des Tempels im 22. Bezirk. Es ging wie immer um das heilige Buch: „Wir haben gesagt, euer Guru kann machen, was er will, aber nicht im Beisein des heiligen Buchs.“ Erst vor vier Monaten sei dort ein von den orthodoxen Sikhs nicht anerkannter Guru aufgetreten. Damals wäre eine Abordnung von 50 Mann zu seinen Anhängern in Wien gepilgert, um das zu verhindern. Man habe sie im Tempel in der Pelzgasse freundlich empfangen und bewirtet, sich aber nicht ernsthaft auf die vorgebrachten Einwände eingelassen.

Schüsse, Hiebe, Schreie. So auch, als sich herumsprach, dass Sant Niranjan Dass und Sant Rama Nand dort am 24. Mai predigen würden. Die beiden befanden sich auf einer Rundreise durch Europa. Ihre genaue Route ist umstritten. Die Polizei geht davon aus, dass sie direkt aus Indien anreisen. In Wien könnte es Probleme geben, sei ihren österreichischen Gastgebern laut Sham Singh -signalisiert worden.

Sham Singh gehört zu jenen Sikhs in Wien, die 15 Jahre lang als Zeitungskolporteurere schufteten mussten, bevor sie den österreichischen Pass bekamen. Erst dann konnte er seine Frau und seine fünf Kinder nachholen. Seine ältere Tochter will Krankenschwester werden, die andere macht eine Ausbildung zur Laborantin, die Kleineren gehen noch in die Schule. Unter seinem hellblauen Hemd trägt er einen Dolch - eines von fünf Symbolen, die religiöse Sikhs bei sich haben. Und daran hält er sich im Gegensatz zu den Ravidasis. Dass fanatische Sikhs auf einen Guru schießen könnten, hätte er bis zum 24. Mai für ausgeschlossen gehalten: „Wir halten nichts von Gewalt. Das Attentat ist ein unglaublicher Rückschlag. Jetzt werden alle versuchen, uns politisch schlechtzumachen“, klagt er. Die beiden Sikh-Tempel in Wien-Donaustadt und in Meidling distanzieren sich am Tag nach dem Anschlag in einem -offenen Brief von dem „feigen Anschlag“.

Sham Singh hat die Attentäter oft in -„seinem“ Tempel im 22. Bezirk gesehen. Es heißt, sie sollen vor sieben, acht Monaten aus Spanien gekommen sein und eine spanische Aufenthaltsgenehmigung haben. Als am Sonntag in der Wiener Pelzgasse der Gottesdienst begann, nahmen zwei von ihnen direkt neben den Gurus Sant Rama Nand und Sant Niranjan Dass Platz, als wären sie ergebene Gläubige. Wenig später betraten vier weitere den Raum. Dann das Chaos. Schüsse, Hiebe und Schreie.

Indien: „Größte Demokratie - und sie funktioniert!“

(Radio Vatikan vom 25.05.2009)

Fast einen Monat haben die Wahlen in Indien gedauert - aber die Mühe hat sich gelohnt. Diesen Eindruck bekommt man, wenn man Kirchenleute über das Ergebnis sprechen hört. Klar gesiegt hat die moderate Kongress-Partei, klar verloren die Hindu-Nationalisten aus dem Umfeld der BJP-Partei. Die Frage ist, ob sich das jetzt ummünzen lässt in mehr Rechte und mehr Schutz für Minderheiten. Gerade Christen waren im letzten Jahr in einigen Bundesstaaten Indiens (vor allem Orissa) einer richtiggehenden Verfolgung durch militante Hindus ausgesetzt. Betroffen waren meist indische Ureinwohner - Kastenlose, die sich zum Christentum bekennen. Einer von ihnen ist Telesphor Placidus Toppo, Kardinal-Erzbischof von Ranchi:

„Ich habe immer schon gedacht, dass das indische Volk einen großen Sinn für Demokratie hat. Wir können den Indern vertrauen - es ist die größte Demokratie der Welt, und sie funktioniert! Wir haben Reiche und Arme, Gebildete und Analphabeten - aber die Demokratie funktioniert. Auch diesmal hat die Vernunft gesiegt.“

Dabei hatten die Meinungsforscher einen so klaren Sieg der regierenden Kongress-Partei durchaus nicht vorausgesehen.

„Ja - die Kongress-Partei wurde von ihrem Sieg selbst überrascht. Sie braucht jetzt keine Koalitionspartner, um eine Regierung zu bilden - das kann sie alleine tun.“

Zu den Herausforderungen, die sich der nächsten Regierung stellen, gehört es, die Religionsfreiheit zu verteidigen:

„Ja, das ist wichtig für uns. Zur Lage in Orissa hatte Premierminister Manmohan Singh gesagt: Diese Gewalt, die fundamentalistische Gruppen letztes Jahr in Orissa verübt haben, ist eine nationale Schande! Die Lage der damals Verfolgten ist auch heute noch nicht zufrieden stellend. Allerdings hat mittlerweile auch der Premierminister von Orissa, Naveen Patnaik, die nationalistische Hindu-Partei BJP verlassen - das ist ein gutes Zeichen. Die Lage bessert sich allmählich. Mal sehen, was die nächste Regierung in dieser Hinsicht tun wird! Man muss den Christen die Rückkehr in ihre Häuser möglich machen - wenn sie das in Orissa nicht dürfen, dann bleibt das Problem bestehen.“

Frage an Kardinal Toppo: Sie selbst sind ein so genannter Dalit, ein Kastenloser. Was bedeutet der Wahlausgang in dieser Hinsicht?

„Bei diesem Thema gibt es wichtige Schritte nach vorne zu verzeichnen: Politisch erheben die Dalit ihr Haupt. Viele Minister und auch Parlamentsabgeordnete sind Dalit!“

„Bei diesen Wahlen ist alles ungewiss“

(Domradio vom 15.04.2009)

In Indien hat die größte demokratische Wahl der Welt begonnen - überschattet von Anschlägen

Überschattet von blutigen Anschlägen haben in Indien die Parlamentswahlen begonnen. In mehreren Bundesstaaten waren am Donnerstag 143 Millionen Menschen aufgerufen, 124 Abgeordnete für das Nationalparlament zu wählen. Bis 13. Mai werden die anderen Landesteile folgen. Am ersten Wahltag starben mindestens 16 Menschen bei Angriffen von Maoisten. Die meisten Opfer waren Sicherheitskräfte. Im domradio-Interview betont Dr. Clemens Spiess vom Heidelberger Südasiens-Institut dennoch die große Leistung Indiens, freie und faire Wahlen zu garantieren.

Er habe dabei keine Befürchtung, dass Wahlergebnisse manipuliert würden, so Spiess. Seine Prognose für den Wahlausgang: Kein eindeutiger Sieger. Dabei geht der Wissenschaftler davon aus, dass der Wahlgewinner sich mit diversen Regionalparteien zusammenschließen muss, um überhaupt regieren zu können. Indien habe sich bisher als widerstandsfähige Demokratie erwiesen, darum habe er auch keine Befürchtungen für das zukünftige Funktionieren einer multikulturellen und multireligiösen Einheit Indiens.

15. Wahlen seit der Unabhängigkeit

Zur Wahl treten mehr als 200 Parteien und viele unabhängige Kandidaten an. Darunter sind auch Film- und Sportstars, eine Tänzerin, der Besitzer einer Fluggesellschaft und ein früherer UN-Diplomat. Am 16. Mai sollen die Stimmen aus den über 800.000 Wahllokalen ausgezählt und das Ergebnis verkündet werden. Es sind die 15. Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit des Landes von Großbritannien 1947.

Favoriten sind die beiden großen Parteien, die linke Kongresspartei und die hindunationalistische Partei Bharatiya Janata (BJP). In den vergangenen fünf Jahren hat die von der Gandhi-Nehru-Familie geprägte Kongresspartei mit einer Minderheitsregierung aus zahlreichen Koalitionspartnern das Land geführt. Der 76-jährige Premierminister Manmohan Singh tritt wieder als Spitzenkandidat an.

Die oppositionelle BJP schickt den 81-jährigen Lal Krishna Advani ins Rennen. Beide Spitzenkandidaten konnten sich bislang nicht als zugkräftige Persönlichkeiten auf nationaler Ebene präsentieren. Regionale Parteien verzeichnen Zulauf.

Nach einem schwachen Wahlkampf wird erwartet, dass keine große Partei eine klare Mehrheit erringen kann. Die künftige Regierung könnte daher vermutlich erneut eine komplizierte Allianz von Kongress oder BJP mit kleinen Parteien sein, die keine volle fünf Jahre übersteht.

Mit Spannung wird erwartet, wie Kumari Mayawati, eine Politikerin aus der früheren Kaste der Unberühmbaren, abschneidet. Ihre Partei regiert den bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh im Norden. Mayawati hat dem Kongress dort seine Stammwählerschaft unter den Kastenlosen und Muslimen streitig gemacht. Von den über 1,1 Milliarden Menschen in Indien sind rund 170 Millionen Kastenlose.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker kritisiert, dass 20.000 Christen im Bundesstaat Orissa nicht wählen können, weil sie wegen Ausschreitungen immer noch nicht in

ihre Dörfer zurückkehren konnten. Während Wahlen kann es in Indien auch immer wieder zu Aufständen und spontaner Gewalt kommen. Nach dem Terroranschlag in der Finanzmetropole Mumbai (Bombay) im November 2008 wurden die Sicherheitsvorkehrungen zur Wahl verstärkt. Etwa zwei Millionen Polizisten sind im Einsatz. Ein Cricket-Turnier wurde nach Südafrika verlegt, um genug Sicherheitskräfte für die Wahl zur Verfügung zu haben.

Indiens neue Terrorfront

(Focus vom 11.04.2009)

Sie wollen einen mächtigen Hindustaat schaffen. Dazu drillen indische Funktionäre die Jugend auf nationalistisches Gedankengut getreu dem Motto „Indien nur für Hindus“.

Von Dorothea Riecker

Die Jugend genießt das Nachtleben in Bombay. Laut knallen die Champagnerkorken im exklusiven Nachtclub „Prive“ im Süden Bombays. Dicht an dicht drängt Indiens Jeunesse dorée auf die Tanzfläche, während aus den Musikboxen der oscargekrönte Filmhit Jai Ho aus „Slumdog Millionär“ dröhnt. Mädchen in Designerkleidung und figurbetonten Outfits tanzen in verführerischen Posen auf den Tanzkonsolen. Im Nachtleben der 18-Millionen-Metropole feiert die indische Jugend sich selbst. Es ist die erste Amüsier-Generation, die frei von veralteten Traditionen ist und sich entschlossen hat, ihr neues Lebensgefühl in vollen Zügen zu genießen.

Über 100 Tote bei Massenpanik. Vikram Walkawala war noch nie in einem Nachtclub. Für den 22-jährigen Ingenieurstudenten mit Seitenscheitel ist das moderne Bombay ein rotes Tuch. Er ist überzeugt, dass „Discos, Mädchen in Jeans und Händchen haltende Paare die indischen Sitten und Kultur zerstören“.

Hakenkreuz aus Jasminblüten

Täglich erreicht Walkawala um 6.30 Uhr, wenn die orangefarbene Sonne gerade durch den Smog der Stadt steigt, den Shivaji Park in Zentral-Bombay. Ungeachtet der vielen Fitnessliebhaber, die noch vor Ankunft der feuchten Hitze des Tages auf dem staubigen Platz joggen oder Yoga-Übungen machen, trifft er eine Gruppe von 15 Jungen – herausgeputzt in khakifarbenen Shorts. Der elfjährige Rohit und der 13-jährige Aditya legen gerade ein Hakenkreuz aus Jasminblüten in den Sand, während Shantanu die safranfarbene Flagge des Hinduismus auf die Standarte zieht. Auf Befehl ihres Gruppenleiters Walkawala stehen sie stramm, heben den rechten Arm mit ausgestreckter Handfläche zum Gruß vor die Brust und beten zu „Bharat Ma“ (Mutter Indien).

Der 13 Jahre alte Shantanu ist seit drei Monaten dabei. „Meine Eltern finden es gut, weil hier Disziplin und Ordnung herrscht. Nicht so ein Chaos wie dort drüben“, sagt er und deutet auf die Jugendlichen, die über den Platz toben, Cricket oder Fußball spielen. „Es geht hier nicht nur um körperliche Exerzitien“, betont Walkawala, „sondern um hinduistische Prinzipien und Moral. Am besten, wir trichtern ihnen diese von Kindheit an ein.“

„Indien nur für Hindus“

Walkawala ist kein Anführer eines harmlosen Pfadfinder-Vereins. Er ist Funktionär der rechtsnationalen Hinduorganisation RSS (Rashtriya Swayasewak Sangh). Die RSS ist nur eine von vielen radikalen Organisationen, die zum nationalhinduistischen Netzwerk Sangh Parivar („Heilige Familie“) gehören. In diesem Netzwerk vereinen sich etliche rechtsradikale Gruppen und Parteien, die gemeinsam einen mächtigen

Hindustaat schaffen wollen. „Indien nur für Hindus“, lautet die Parole ihrer faschistischen „Hindutva“-Ideologie. Sie haben Nicht-Hindus, besonders Muslimen und Christen, aber auch dem westlichen Lebensstil den Kampf angesagt.

Dabei schrecken sie vor Gewalt nicht zurück. Mit dem Slogan „Ausländer raus aus Mumbai“ gingen Schlägertruppen des Regionalpolitikers Raj Thackeray im vorigen Jahr brutal gegen islamische Wanderarbeiter aus dem nordindischen Bundesstaat Bihar vor. Zu den führenden Köpfen der rechtsradikalen Hindunationalisten gehört Thackerays 82-jähriger Onkel Bal – er ist der Gründer der Shiv Sena Partei und ein flammender Bewunderer Hitlers. Als Mitinitiator der Umbenennung Bombays in Mumbai (1995 nach der hinduistischen Göttin Mumbadevi), betreibt auch er gnadenlos die Hinduisierung der Stadt. Drohungen gegen jeden, der den Namen Bombay benutzt, setzen seine Anhänger in die Tat um. Sie verwüsten Geschäfte und Restaurants, die weiterhin den Namen Bombay im Logo führen: Sei es die kleine Schneiderei „Bombay Tailor“ oder das erfolgreiche Textilhaus „Bombay Dyeing“.

25 000 Trainingscamps in Indien

G.Domiteit/FOCUS Magazin Anzeichen für Hinduisierung Die meisten Hindu Taliban stammen aus der RSS, der Kadenschmiede der Sangh Parivar. Die Organisation unterhält in ganz Indien 25 000 Trainingscamps, so genannte Shakhas. Wie die Gruppe von Walkawala im Shivaji Park, erhalten Millionen Jugendliche hier den nötigen Drill und die ideologische Gehirnwäsche. Zum Training erscheinen sie in khakifarbenen Shorts und weißen Hemden – eine Kopie der Pfadfinder-Uniform Mussolinis. „In den letzten Jahren wurden sie immer sichtbarer. Die RSS hat sich bereits in jedem Bereich der Gesellschaft etabliert, selbst in Politik und Armee“, erregt sich Teesta Setalvad. Sie ist Sozialarbeiterin und Vorsitzende der Gruppe „Bürger für Frieden und Recht“. Noch seien die Rechten in der Minderheit. Wenn sich die Gesellschaft weiter zurückziehe und Konfrontationen scheue, könne sich das aber bald ändern, fürchtet die Aktivistin.

Wo Indien boomt Erste Auswirkungen auf das öffentliche Leben der kosmopolitischen Stadt zeigen sich bereits. Vor allem die Kunstszene ist betroffen. Galerien und Museen mit abstrakten Bildern hinduistischer Götter stehen im Fokus rechtsradikaler Zerstörungswut. Eingeschüchtert begehen Künstler wie die junge Malerin Damayanti Selbstzensur: Vorsichtshalber sortierte sie für eine Ausstellung in der „Jehangir“ Artgalerie von Bombay alle weiblichen Akte aus.

Unmut über nackte Göttinnen

„Das hätte ich nie getan“, empört sich Shobaa De, Societylady und Schriftstellerin. In ihrem eleganten Apartment gegenüber dem World Trade Center findet sich traditionelles und modernes Design, harmonisch aufeinander abgestimmt. Indische Miniaturzeichnungen hängen neben abstrakten Bildern des Malers M. F. Hussain, einem Freund der Familie. Er lebt aus Angst vor Übergriffen von Hindu fanatikern seit 2005 im Exil in Dubai. Bilder nackter Göttinnen in erotischen Stellungen erzürnten die Radikalen.

Die emanzipierte Shobaa De schwärmt von Bombay als der liberalsten Stadt Indiens, wo Frauen in Topstellungen von Banken, Medien und Industrie sitzen. „Wir lassen uns diese Freiheit nicht nehmen“, sagt sie energisch. Um zu verhindern, dass indi-

sche Fundamentalisten die Stadt am Meer in ein hinduistisches Kabul verwandeln, setzt sie auf geballte Frauenpower. In ihrem Blog S.I.T.A Sena fordert sie Frauen zum Widerstand gegen den „Safran-Terror“ auf. In Bombay soll nicht passieren, was im 937 km entfernten Mangalor geschah: Dort zerrten Fanatiker Mädchen an den Haaren aus den Pubs und verprügelten sie.